



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

10/2025 vom 12.05.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-Mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	6
Energie.....	9
Digital.....	9
Forschung.....	10
Finanzdienstleistungen.....	11
Finanzen.....	12
Soziales.....	13
Landwirtschaft und Umwelt.....	13
Justiz.....	14
Inneres.....	16
Information, Kommunikation und Medien.....	17
Vorschau.....	17

### **Rat; Unterstützungsmaßnahme für Armee von Nordmazedonien**

Am 25.04.2025 hat der Rat eine weitere Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) in Höhe von 15 Mio. EUR zur Unterstützung der Armee der Republik Nordmazedonien angenommen. Im Rahmen dieser Maßnahme soll die Armee laut Rat mit Ausrüstung für Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung, elektronische Kriegsführung, Mobilitäts- und Technikfahrzeuge, Kommunikations- und Informationssysteme sowie Kampfausbildungsgeräte ausgestattet werden. Ziel der Maßnahme sei es, die Verteidigungsfähigkeiten und die Einsatzbereitschaft der nordmazedonischen Streitkräfte zu stärken. Zudem solle sie die Fähigkeit Nordmazedoniens verbessern, zu Operationen und Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU sowie zu internationalen Koalitionen beizutragen. Mit dieser neuen Maßnahme wird die bilaterale Unterstützung aus der EFF für Nordmazedonien auf insgesamt bis zu 38 Mio. EUR erhöht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/04/25/european-peace-facility-council-adopts-the-third-bilateral-assistance-measure-in-support-of-the-army-of-the-republic-of-north-macedonia/>

### **EuGH; Verbot der Ausfuhr von Bargeld nach Russland**

Mit Urteil des Gerichtshofs vom 30.04.2024 in der Rechtssache C-246/24| Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main entschied der EuGH, dass die Ausfuhr von auf EUR lautenden Banknoten durch eine nach Russland reisende Person zur Finanzierung medizinischer Behandlungen, die diese Person in diesem Staat in Anspruch nehmen möchte, keine für ihren persönlichen Gebrauch erforderliche Ausfuhr darstellt. Das mit einem Strafverfahren gegen die Flugreisende befasste deutsche Gericht hatte sich hierzu an den Gerichtshof gewandt. Bei einer Zollkontrolle am Flughafen Frankfurt am Main wurde festgestellt, dass eine Flugreisende, die nach Russland reisen wollte, fast 15.000 EUR in Banknoten mit sich führte. Dieses Geld sollte nicht nur ihre Reisekosten decken, sondern auch medizinische Behandlungen finanzieren, die sie in Russland in Anspruch nehmen wollte. Der Zoll stellte dieses Geld sicher, mit Ausnahme eines Betrags von etwa 1.000 Euro, die ihr zur Deckung ihrer Reisekosten überlassen wurden. Die restriktiven Maßnahmen, die die EU als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine erlassen hat, verbieten die Ausfuhr von Banknoten, die auf EUR lauten, nach Russland.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=45DD60EA07841C078A9F59B1B99C34A9?text=&docid=298705&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=20191430>

### **Rat; „Auswärtige Angelegenheiten“**

Am 07./08.05. 2025 fand das informelle Treffen der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, statt. Schwerpunktthema des Treffens war die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und GBR. In der Debatte wurde laut Rat die wichtige Rolle der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit GBR, einschließlich des Abschlusses eines Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaftsabkommens, hervorgehoben. Ein weiteres Hauptthema war Russlands Aggression gegen die Ukraine. Hierbei ging es u.a. um das geplante 17. Sanktionspaket mit dem Ziel, mehr Druck auf Russland auszuüben. Die veränderten transatlantischen Beziehungen mit den USA wurden ebenfalls thematisiert.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/first-day-of-informal-meeting-of-foreign-affairs-ministers-gymnich/>

## Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 05.-08.05.2025 in Straßburg

### Wölfe: EP stimmt für Änderung des Schutzstatus

Am 08.05.2025 hat das EP den Schutzstatus des Wolfs in der EU von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft. Mit einer Mehrheit von 371 - 162 - 37 unterstützte das EP den Vorschlag der Kommission einer diesbezüglichen Änderung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Die Kommission hatte diesen Vorschlag auf Initiative des Parlaments unterbreitet. Die Mitgliedstaaten erhalten dadurch mehr Spielraum beim Management von Wolfspopulationen. Sie können künftig flexibler Maßnahmen ergreifen, um das Zusammenleben von Mensch und Wolf zu verbessern und die Auswirkungen wachsender Wolfsbestände besser zu bewältigen. Zudem können sie Maßnahmen an regionale Besonderheiten anpassen. Es steht den Mitgliedstaaten jedoch frei, den Wolf weiterhin in der nationalen Gesetzgebung als „streng geschützte Art“ einzustufen und strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten.  
[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0100\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0100_DE.html)

### EU-Beitrittsprozess der Türkei muss eingefroren bleiben

Unter den gegenwärtigen Umständen kann der EU-Beitrittsprozess der Türkei - trotz der demokratischen und pro-europäischen Bestrebungen eines großen Teils der türkischen Gesellschaft - nicht wiederaufgenommen werden, stellt das EP in einem Bericht fest, der am 07.05.2025 mit einer Mehrheit von 367 - 74 - 188 angenommen wurde. Die türkische Regierung habe es versäumt, grundlegende demokratische Mängel zu beheben, heißt es in dem Text. Das Parlament fordert die türkische Regierung, die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten auf, weiterhin auf eine engere, dynamischere und strategische Partnerschaft hinzuarbeiten und dabei besonderes Augenmerk auf Klimaschutz, Energiesicherheit, Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und regionale Stabilität zu legen. Das EP zeigt sich zutiefst besorgt über die anhaltende Verschlechterung der demokratischen Standards in der Türkei und über die unerbittliche Unterdrückung kritischer Stimmen. Es verurteilt das harte Vorgehen bei den jüngsten friedlichen Massenprotesten und die strafrechtliche Verfolgung von Hunderten von Demonstranten in übereilten Massenprozessen, bei denen laut EP keinerlei Beweise für kriminelles Fehlverhalten vorliegen. Die EU-Mitgliedschaft setze die Erfüllung bestimmter Beitrittskriterien voraus, wie stabile Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten, nachbarschaftliche Beziehungen, Einhaltung des Völkerrechts sowie die Anpassung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Dabei handelt es sich um absolute Kriterien, die nicht Gegenstand strategischer Überlegungen oder Verhandlungen sind, heißt es in dem Bericht. Das EP betont, dass die demokratischen und pro-europäischen Bestrebungen der Mehrheit der türkischen Gesellschaft, insbesondere der türkischen Jugend, ein wichtiger Grund dafür sind, den Beitrittsprozess der Türkei am Leben zu erhalten, auch wenn er auf Eis liegt.  
[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0092\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0092_DE.html)

### CO<sub>2</sub>-Emissionen: EP verabschiedet Flexibilitätsmaßnahmen für Autohersteller

Am 08.05.2025 hat das EP mit einer Mehrheit von 458 - 101 - 14 eine gezielte Änderung der CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Pkw und Transporter verabschiedet. Die Änderung biete den Herstellern die Möglichkeit, ihren Verpflichtungen für die Jahre 2025, 2026 und 2027 nachzukommen, indem sie ihre Emissionsleistung über den gesamten Dreijahreszeitraum mitteln, anstatt jedes einzelne Jahr zu bewerten. Dies mache es möglich, Emissionsüberschreitungen in einem Jahr durch eine Übererfüllung der Ziele in einem der Folgejahre auszugleichen.

Die bisherigen Vorschriften legten laut EP jährliche Ziele für Fünfjahreszeiträume zur Reduzierung der durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen neuer Pkw und Transporter in der gesamten EU-Flotte fest.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0099\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0099_DE.html)

#### Fortschritte des Kosovo und Serbiens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft

In zwei Berichten, die am 07.05.2025 angenommen wurden, bewertet das EP die Fortschritte des Kosovo und Serbiens bei ihren Bemühungen um einen Beitritt zur Europäischen Union in den Jahren 2023 und 2024.

Im Kosovo-Bericht stellt das EP fest: Der Kosovo habe bemerkenswerte Fortschritte bei seinen Wahlreformen, seiner wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und dem Schutz der Grundrechte gemacht. Es gebe jedoch noch Herausforderungen in Bezug auf Justizreformen, Medienfreiheit, Effizienz der öffentlichen Verwaltung und Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Das EP betont, dass ein kontinuierliches Engagement für umfassende Reformen und eine integrative Regierungsführung unerlässlich ist, damit der Kosovo auf seinem Weg zur europäischen Integration vorankommt. Der Dialog zwischen Pristina und Belgrad habe leider nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht, stellt das EP fest. Es fordert beide Parteien auf, die Abkommen von Brüssel und Ohrid umzusetzen, einschließlich der Einrichtung der Vereinigung der Gemeinden mit serbischer Mehrheit und der Aufhebung des serbischen Widerstands gegen die Mitgliedschaft des Kosovo in regionalen und internationalen Organisationen. Das EP weist darauf hin, dass der Kosovo das Ziel ausländischer Einmischung und Desinformationskampagnen, insbesondere aus Russland und China, sei. Das Parlament fordert daher die Regierung des Kosovo auf, ihre Kapazitäten zur Bekämpfung solcher Bedrohungen zu verstärken. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 353 - 145 - 78 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0094\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0094_DE.html)

Im Serbien-Bericht stellt das EP fest: Trotz einiger Fortschritte in den Verhandlungen hat Serbien noch große Hürden zu überwinden. Belgrad muss seinen internen politischen Dialog verbessern, die Rechtsstaatlichkeit schützen und Reformen zur Korruptionsbekämpfung durchführen. Außerdem muss Serbien auf ein umfassendes Normalisierungsabkommen mit dem Kosovo hinarbeiten und sich vollständig an die EU-Außenpolitik anpassen, so das EP. Das EP fordert darüber hinaus die serbischen Behörden auf, die Unabhängigkeit der wichtigsten Institutionen, einschließlich der Medienaufsichtsbehörden wie der Regulierungsbehörde für elektronische Medien, zu gewährleisten. Das EP fordert, dass Serbien alle noch ausstehenden Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Gremien des Europarats zur Wahlreform noch vor den Neuwahlen vollständig umsetzt. Das EP fordert darüber hinaus umfassende und transparente Gerichtsverfahren und eine offizielle Untersuchung des Einsturzes der Bahnhofsüberdachung von Novi Sad am 01.11.2024 sowie eine unparteiische Untersuchung des mutmaßlichen Einsatzes unrechtmäßiger Technologien zur Kontrolle von Menschenmengen gegen Demonstranten. Das EP bedauert die anhaltende Gewalt gegen Studenten und ist sehr besorgt über den zunehmenden politischen und finanziellen Druck, der auf Lehrer und Universitätsprofessoren ausgeübt werde, welche die kollektive Aktion der Studenten unterstützen. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 419 - 113 - 88 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0093\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0093_DE.html)

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung**

Am 05.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Lokale und regionale Gebietskörperschaften mobilisieren öffentliche und private Ressourcen für wirksame Maßnahmen im Nachgang zu den Energiewende-Dialogen“ sowie „Klimapolitik als Beitrag der EU zur COP30 der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC)“. Außerdem fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Aktionsplan für erschwingliche Energie zuverlässige Versorgung aller Städte und Regionen mit erschwinglicher und sauberer Energie“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218058&meetingSessionId=2273552>

### **AdR; COTER-Fachkommissionssitzung**

Am 06.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine Debatte über die Kohäsionspolitik 2021–2027 sowie eine Debatte über die Stärkung des territorialen Zusammenhalts in der EU durch die Kohäsionspolitik. Es fanden bei dieser Sitzung weder Abstimmungen über Stellungnahmeentwürfe noch Meinungsaustausche über Arbeitsdokumente statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=219036&meetingSessionId=2274868>

### **AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung**

Am 07.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: „Generationengerechtigkeit: Ein lokaler und regionaler Ansatz für die Gestaltung inklusiver und nachhaltiger Gesellschaften“.

Außerdem fanden Meinungsaustausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut“, „Strategie für eine Union der Kompetenzen“ sowie „Stärkung der Rechte der Frauen in der EU: Eine lokale und regionale Perspektive“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=218988&meetingSessionId=2274820>

## Wirtschaft

### **Kommission; Beihilfe für Condor Flugdienst GmbH genehmigt**

Am 28.04.2025 hat die Kommission, die endgültige Genehmigung einer 321,2 Mio. EUR Beihilfe durch DEU für die Umstrukturierung der Condor veröffentlicht. Die durch die Abwicklung des Mutterkonzerns Thomas Cook 2019 insolvent gewordene Airline sei rechtmäßig bei der Umstrukturierung unterstützt worden.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/SA.63203>

### **EuGH; Urteil zur Änderung der Konzession ohne neues Vergabeverfahren**

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 29.04.2025 in der Rechtssache C-452/23 Fastned aus NDL gegen DEU die Voraussetzungen präzisiert, unter denen eine Konzession ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens geändert werden kann. Hintergrund ist ein Rechtsstreit über den Ausbau von Schnellladesäulen an

Autobahnraststätten in DEU. Die Autobahn GmbH hatte zugunsten der Unternehmen Tank & Rast und Ostdeutsche Autobahntankstellen bestehende Konzessionen für den Betrieb von Rastanlagen an deutschen Autobahnen auf Ladestationen für Elektrofahrzeuge erweitert. Fastned ist der Ansicht, dieses Vorgehen der Erweiterung ohne erneute Ausschreibung sei europarechtswidrig. Der EuGH entschied, dass die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen einen Konzessionsvertrag ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zu ändern, auch dann besteht, wenn die Konzession ursprünglich an eine In-House Einrichtung vergeben und der Konzessionsnehmer mittlerweile privatisiert wurde. Ergänzend führt er aus, dass Art. 43 der Richtlinie über die Konzessionsvergabe dahingehend auszulegen ist, dass die Änderung einer Konzession „erforderlich wurde“, wenn unvorhersehbare Umstände eine Anpassung der ursprünglichen Konzession erfordern, um sicherzustellen, dass sie weiterhin ordnungsgemäß ausgeführt werden kann. Dafür genüge es nicht, dass die bisherigen vertraglichen Bestimmungen die Situation, die sich aus den eingetretenen unvorhersehbaren Umständen ergibt, nicht erfassen. Ob die Voraussetzungen für die Konzessionsänderung hier tatsächlich vorlagen, müsse das OLG Düsseldorf entscheiden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-452/23>

### **EuGH; Urteil zu Steuerbefreiungen als unrechtmäßige staatliche Beihilfe**

Mit Urteil vom 29.04.2025 entschied der EuGH in der Rechtssache C-453/23. Laut polnischem Recht wird ein Grundstück, das Teil der Eisenbahninfrastruktur ist, von der Grundsteuer befreit. Ein Unternehmen beantragte eine entsprechende Befreiung, die ihm aber von der zuständigen Stelle nicht gewährt wurde mit der Begründung, dass es sich um eine europarechtswidrige staatliche Beihilfe handeln würde. Das Oberste Verwaltungsgericht in POL wollte nunmehr vom EuGH wissen, ob die entsprechende Befreiung den Begünstigten einen selektiven Vorteil verschafft und den Wettbewerb verfälscht oder zu verfälschen droht. Der EuGH entschied, dass die in Rede stehende Befreiung von der Grundsteuer dem Unternehmen keinen selektiven Vorteil verschafft. Dass nur Unternehmen, welche die Voraussetzungen einer Steuerbefreiung erfüllten, diese in Anspruch nehmen könnten, genügt nach Auffassung des EuGH für sich genommen nicht, um sie als selektiv einzustufen. Laut EuGH sei ein selektiver Vorteil nur dann anzunehmen, wenn diese Befreiung Teil einer nach offensichtlich diskriminierenden Parametern gestalteten Steuerregelung sei oder dann, wenn die Befreiung mit spezifischen Merkmalen der begünstigten Unternehmen oder deren Tätigkeiten verbunden sei. Dies zu prüfen obliege aber dem nationalen Gericht.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-453/23>

### **EuG; Urteil im Rechtsstreit über staatliche Beihilfen für den Flughafen Frankfurt-Hahn**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschied in der Rechtssache T-218/18 RENV nach einer bereits erfolgten Revision beim EuGH die Klage der Deutschen Lufthansa AG gegen die Kommission aus formalen Gründen abzuweisen. Aus Sicht des EuG hat die Deutsche Lufthansa ihre Klageberechtigung nicht ausreichend ausgeführt. Laut EuG sei es nicht Aufgabe des Gerichts zu entscheiden, welchen Antrag die Lufthansa tatsächlich stellen möchte. Gegen dieses Urteil können die Beteiligten wiederum Rechtsmittel beim EuGH einlegen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=298681&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=705031>

### **Kommission; Bekanntgabe einer Investitionssumme von 910 Mio. EUR in Projekte im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds**

Die Kommission gab am 30.04.2025 bekannt, in 62 ausgewählte Projektvorschläge 910 Mio. EUR im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds 2024 investieren zu wollen. Nach der Auswahl der erfolgreichen Projektvorschläge werde die Kommission mit der Vorbereitung der Finanzhilfvereinbarungen mit den Konsortien beginnen. Mit den Investitionen sollen Lücken bei entscheidenden Fähigkeiten wie der Mobilität der Streitkräfte und der Drohnenabwehr durch Innovation und Zusammenarbeit zwischen der europäischen Wissenschaft und der Industrie geschlossen werden. Darüber hinaus kann nun erstmals auch die ukrainische Verteidigungsindustrie an vom Europäischen Verteidigungsfonds getragenen Projekten teilnehmen. Laut Kommission gibt es eine wachsende Bereitschaft zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Entwicklung von strategischen Verteidigungsfähigkeiten. In die o.a. Vorschläge seien 625 Rechtsträger zusammengebracht worden. Mehr als 38% aller teilnehmenden Rechtsträger seien kleine- und mittlere Unternehmen. Der Europäische Verteidigungsfonds ist für den Zeitraum 2021-2027 insgesamt mit 7,3 Mrd. EUR ausgestattet.

[https://defence-industry-space.ec.europa.eu/funding-opportunities-0/calls-proposals/result-edf-2024-calls-proposals\\_en](https://defence-industry-space.ec.europa.eu/funding-opportunities-0/calls-proposals/result-edf-2024-calls-proposals_en)

### **Kommission; Konsultation zu möglichen Zöllen auf Importe aus den USA eingeleitet**

Am 08.05.2025 eröffnete die Kommission eine Konsultation zu möglichen Gegenzöllen gegen die Zölle der USA. Sollten die derzeit laufenden Gespräche zur Verhinderung von Zöllen zwischen den USA und der EU nicht zum Erfolg führen, wäre die EU laut Kommission in der Lage, schnell und gezielt Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Konsultation ist bis zum 10.06.2025 geöffnet.

[https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Imports\\_of\\_EU\\_goods\\_2025](https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Imports_of_EU_goods_2025)

### **EuGH; Entscheidung über die Rechtmäßigkeit einer Benotung von Versicherern über Online-Vergleichsportale**

Der EuGH entschied mit Urteil vom 08.05.2025 in der Rechtssache C-697/23, dass die vom Versicherungskonzern Huk-Coburg als unzulässige vergleichende Werbung angesehene Benotung von Versicherungstarifen auf dem Online-Vergleichsportal Check24 nur dann tatsächlich nach der Richtlinie 2006/114/EG unzulässig ist, wenn das Vergleichsportal tatsächlich ein „Mitbewerber“ entsprechend der o.a. Richtlinie ist. Dies habe der EuGH aber im konkreten Fall nicht zu entscheiden, sondern dieses sei vom vorlegenden Gericht, hier dem Landgericht München I, zu entscheiden. Vorbehaltlich einer näheren Prüfung durch das vorlegende Gericht ist aber laut EuGH davon auszugehen, dass eine Versicherungsgruppe wie HUK-Coburg und eine Unternehmensgruppe wie Check24, die Online-Vergleichsdienstleistungen für Versicherungsprodukte bereitstellt, Dienstleistungen anbieten, die nicht substituierbar sind. Demnach wären sie auf unterschiedlichen Dienstleistungsmärkten tätig und würde die o.a. Richtlinie hier gar keine Anwendung finden.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-697/23>

## Energie

### **Kommission; Fahrplan für den endgültigen Ausstieg von russischen Energielieferungen in die EU**

Am 06.05.2025 hat die Kommission einen Fahrplan für den endgültigen Ausstieg von russischen Energielieferungen in die EU vorgelegt. Der Fahrplan enthält konkrete Maßnahmen für einen koordinierten und schrittweisen Ansatz für den Ausstieg aus der russischen Energieversorgung. Als nächster Schritt folgen nun einzelne Legislativvorschläge zu Öl, Gas und Kernenergie.

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/d681d15f-ceca-4b20-bcc2-b84334a8fc0e\\_en?filename=Roadmap%20towards%20ending%20Russian%20energy%20imports.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/d681d15f-ceca-4b20-bcc2-b84334a8fc0e_en?filename=Roadmap%20towards%20ending%20Russian%20energy%20imports.pdf)

## Digital

### **Kommission; Jahresbericht über das Gesetz über digitale Märkte veröffentlicht**

Am 25.04.2025 veröffentlichte die Kommission ihren zweiten Jahresbericht zum Digital Markets Act (DMA). Der Bericht beschreibt laut Kommission die Maßnahmen von Januar bis Dezember 2024 zur Umsetzung des DMA, zur Gewährleistung von Fairness und Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Binnenmarkt und zur Benennung der Gatekeeper. Er umfasst insbesondere den Dialog mit Gatekeepern und Dritten zur Einhaltung der Vorschriften sowie die Einleitung von Untersuchungen bei Nichteinhaltung. Abschließend werden die Aktivitäten der Hochrangigen Gruppe für digitale Märkte im Jahr 2024 zusammengefasst.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_25\\_1104](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_1104)

### **Eurostat; Veröffentlichung der Publikation „Digitalisierung in Europa 2025“**

Am 29.04.2025 veröffentlichte Eurostat die aktuelle Publikation „Digitalisierung in Europa“ für das Jahr 2024. Hauptaspekte zeigten laut Eurostat u.a., dass 13% der EU-Unternehmen KI-Technologien nutzten, 72% der Internetnutzer verwendeten Online Banking und 24% der EU-Unternehmen führten 2024 online Verkäufe durch. Die Publikation bietet laut Eurostat einen Überblick über die wichtigsten Digitalisierungsdaten in Europa, mit dynamischen Visualisierungen und kurzen Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/wdn-20250429-1>

### **Kommission; Klage gegen Mitgliedsstaaten aufgrund unzureichender Umsetzung des „Digital Service Act“**

Am 07.05.2025 beschloss die Kommission, aufgrund der unzureichenden Umsetzung des Digital Service Act (DSA) Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten CZR, ESP, CYP, POL und PTL eröffnen. Diese Länder hätten es versäumt, einen nationalen Digital Services Coordinator (DSC) zu benennen oder mit den erforderlichen Befugnissen auszustatten und Strafen für Verstöße festzulegen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_25\\_1081](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1081)

## **Kommission; EU und Singapur unterschreiben Abkommen über digitalen Handel**

Am 07.05.2025 unterschreiben die EU und Singapur ein wegweisendes Digitalhandelsabkommen (DTA), das die bilateralen Handelsbeziehungen vertiefen sollte. Das Abkommen setze hohe Standards für digitale Handelsregeln und fördere offene, wettbewerbsfähige digitale Wirtschaften. Es fördere den Schutz von Verbrauchern, erleichtere vertrauensvolle grenzüberschreitende Datenflüsse und biete rechtliche Klarheit für Unternehmen im digitalen Handel. Das DTA verbiete protektionistische Praktiken sowie unzulässige Datenlokalisierungsmaßnahmen, schütze die Privatsphäre und gewährleiste die Einhaltung des EU-Datenschutzrahmens.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_25\\_1152](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1152)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Zwischenbewertung; Horizont Europa**

Die EU-Kommission hat am 30.04.2025 eine Mitteilung, ergänzt durch ein Arbeitsdokument, zur Zwischenbewertung von Horizont Europa, dem aktuellen EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, veröffentlicht. Laut der Bewertung wurden mit dem Programm wichtige Ziele erreicht. Jeder über Horizont Europa investierte Euro werde schätzungsweise zu einem Anstieg des BIP um bis zu 11 EUR (bis 2045) führen. In puncto wissenschaftliche Exzellenz hätten laut der Kommission 80% der vom Europäischen Forschungsrat (ERC) finanzierten Projekte zu wissenschaftlichen Durchbrüchen oder großen wissenschaftlichen Fortschritten geführt. Innovationspolitik habe jeder Euro, der über den Europäischen Innovationsrat (EIC) in Unternehmen investiert wurde, mehr als 3 EUR an privaten Investitionen generiert. Auch mit Blick auf die Vereinfachung des Programms hätten Pauschalzuschüsse (sog. „Lump-sums“) zur Reduzierung der Verwaltungskosten um schätzungsweise 14% bis 30% beigetragen. Die Kommission kündigte an, dass die nächsten Arbeitsprogramme zwar quantitativ weniger, aber stärker strategisch orientierte Themen enthalten sollen, um entsprechende budgetäre Ressourcen noch fokussierter einzusetzen. Themenbeschreibungen sollen zudem weniger präskriptiv ausfallen und die Ausschreibungen sollen mehr „offene“ Themenstellungen enthalten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_25\\_1115](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1115)

### **Kommission; Horizont Europa; Vorveröffentlichung; Arbeitsprogramme 2025**

Die Kommission hat am 29.04.2025 das Arbeitsprogramm 2025 für die nächsten Ausschreibungen im Programm Horizont Europa vorveröffentlicht. Die Arbeitsprogramme für die einzelnen Förderlinien des Forschungsrahmenprogramms enthalten sämtliche Ausschreibungen für die drei Säulen des Programms: Grundlagenforschung und Mobilität; Verbundforschung sowie Transfer. Die Dokumente sind laut Kommission noch nicht vom Kollegium der Kommission formell verabschiedet worden. Durch die Vorveröffentlichung können sich potentielle Antragsteller laut Kommission jedoch schon vorab mit den Ausschreibungsdetails und den Themenwünschen befassen. Die Kommission gab in dem Zuge auch bekannt, dass in den kommenden Wochen wieder virtuelle „Informationstage“ zu den Ausschreibungen 2025 der verschiedenen Programmbereiche stattfinden werden, zu denen die Kommission offen einladen wird.

[https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/horizon-europe-work-programmes\\_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/horizon-europe-work-programmes_en)

### **Kommission; Initiative „Choose Europe for Science“, Rede der Präsidentin**

Am 05.05.2025 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede an der Universität Sorbonne in Paris die neue Initiative der Kommission „Choose Europe for Science“ vorgestellt. Mit der Initiative wolle die Kommission sicherstellen, dass die EU in der Grundlagenforschung weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt und bei wichtiger Technik führend ist. Ziel der Initiative sei: Forschende und hochqualifizierte Arbeitskräfte sollen sich im internationalen Wettbewerb für den Standort Europa entscheiden. Die Kommissionspräsidentin kündigte in dem Zuge ein neues Gesetz über den Europäischen Forschungsraum (EFR) an. Ziel sei es, die herausragendsten Köpfe aus Europa und der ganzen Welt zu unterstützen. „Wir sind bestrebt, im Rahmen des Europäischen Forschungsrates (ERC) eine neue „Superfinanzhilfe“ mit siebenjähriger Laufzeit auf die Beine zu stellen, um Spitzenforschern eine längerfristige Perspektive zu bieten“, so von der Leyen. Mittel- und langfristige, d.h. bis zum Jahr 2030, wolle die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten erreichen, dass 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europa-als-magnet-fur-forschende-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-stellt-choose-europe-science-2025-05-05\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europa-als-magnet-fur-forschende-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-stellt-choose-europe-science-2025-05-05_de)

### **Kommission; Konsultation; Forschungs- und Technologieinfrastrukturen**

Am 25.04.2025 hat die Kommission eine Konsultation im Forschungsbereich geöffnet, um die geplante Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen zu kommentieren. Die Strategie solle die Zugänglichkeit und Effizienz der europäischen Forschungs- und Technologieinfrastrukturen stärken, um sicherzustellen, dass Forschende, Innovatoren und die Industrie in Europa Zugang zu exzellenten Einrichtungen haben. Die Konsultation ist bis zum 22.05.2025 geöffnet.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14582-European-strategy-on-research-and-technology-infrastructures\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14582-European-strategy-on-research-and-technology-infrastructures_en)

### **Kommission; Forschung; Horizont Europa; Städte-Emission**

Am 07.05.2025 hat die Kommission insgesamt 39 Städte, die sich an der EU-Mission für klimaneutrale und intelligente Städte im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa engagieren, mit dem sog. EU-Missionssiegel ausgezeichnet. Diese Anerkennung unterstreiche ihre Pläne, bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität zu erreichen, und solle ihnen helfen, öffentliche und private Mittel zur Unterstützung dieses Ziels anzuwerben. In Deutschland wurden Dresden und Leipzig ausgezeichnet. Die Kommission unterstütze die Städte bei ihren Bemühungen, ihre Pläne in Projekte umzuwandeln. Mit dem Siegel erhalten Städte laut Kommission Zugang zum sog. Climate City Capital Hub, einer internationalen Finanzierungsressource, die im Juni 2024 eingerichtet wurde.

[https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-commission-awards-eu-mission-label-39-new-cities-2025-05-07\\_en?prefLang=de&etrans=de](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-commission-awards-eu-mission-label-39-new-cities-2025-05-07_en?prefLang=de&etrans=de)

## Finanzdienstleistungen

### **EP; Vorstellung und Aussprache zum Jahresbericht der EZB 2024**

Am 28.04.2025 wurde im ECON-Ausschuss des EP der Jahresbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) 2024 durch ihren Vizepräsidenten, Luis De Guindos, vorgestellt. Insgesamt habe die restriktive Geldpolitik der EZB zur weiteren

Abschwächung des zugrunde liegenden Inflationsdrucks beigetragen. Die Gesamtinflation sank im Dezember 2024 auf 2,4 % (nach 2,9 % im Dezember 2023) und näherte sich damit dem Zielwert. Im Jahr 2024 bestanden im Euroraum laut EZB weiterhin in erhöhtem Maße Risiken und Schwachstellen in Bezug auf die Finanzstabilität; die Bedenken richteten sich verstärkt auf die höheren Abwärtsrisiken für das Wachstum und weniger auf das Risiko einer anhaltend hohen Inflation. Die europäische Bevölkerung bezahle ferner nach wie vor am häufigsten mit Bargeld; der Bargeldumlauf stieg im Jahr 2024 leicht an; an den Verkaufsstellen sei Bargeld weiterhin das gängigste Zahlungsmittel.

<https://www.ecb.europa.eu/press/annual-reports-financial-statements/annual/html/index.de.html>

## Finanzen

### **EP; Prioritäten für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2027**

In einer am 07.05.2025 im Rahmen seiner Plenarsitzung vom 05.-08.05.2025 in Straßburg angenommenen Entschließung hat das EP seine Forderungen für den langfristigen EU-Haushalt 2028–2034 dargelegt. Insbesondere solle der EU-Haushalt ab 2028 die aktuellen geopolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Realitäten widerspiegeln und flexibel sein; weiter könne der „Ein-nationaler-Plan-pro-Mitgliedstaat“-Ansatz der Kommission keine Grundlage für Ausgaben in den Mitgliedstaaten sein; auch seien Großfonds, die bestehende Programme zusammenlegen, ungeeignet für eine adäquate Verteilung der Fördermittel; schließlich bedürfe es einer robusten parlamentarischen Kontrolle, um Mittel zuzuweisen und deren Verwendung nachzuverfolgen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250502IPR28212/prioritaten-des-parlaments-fur-den-mehrjahrigen-finanzrahmen-ab-2028>

### **EP; Billigung neuer Kontrollmechanismen für ausländische Investitionen in der EU**

Im Rahmen seiner Plenarsitzung vom 05.-08.05.2025 in Straßburg hat das EP am 08.05.2025 für umfassend überarbeitete Regeln gestimmt, um Sicherheitsrisiken durch ausländische Investitionen vorzubeugen. Kernpunkte sind dabei laut EP die Erkennung und Beseitigung von Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen, einschließlich indirekter Investitionen, die für alle Mitgliedstaaten verpflichtende Einführung eines sog. Screening (Verfahren für nationale Kontrollmechanismen) sowie die Kompetenz der Kommission, aus eigener Initiative zu handeln. Nach den neuen Vorschriften werden Sektoren wie Mediendienste, kritische Rohstoffe und Verkehrsinfrastruktur einer verpflichtenden Überprüfung durch die Mitgliedstaaten unterzogen. Das neue Gesetz gilt laut EP auch für Transaktionen innerhalb der EU, bei denen der Direktinvestor letztlich im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen aus einem Nicht-EU-Land ist.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250502IPR28218/ep-billigt-neue-kontrollmechanismen-fur-auslandische-investitionen-in-der-eu>

### **Kommission; Europäische Hauptstädte für Integration und Vielfalt 2025**

Am 29.04.2025 hat die Kommission zum Auftakt des „Europäischen Monats der Vielfalt“ zum vierten Mal Beispiele der Förderung von Integration in Bezug auf Geschlecht, Ethnie, Religion, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung prämiert. Träger der Auszeichnungen seien Städte und Gemeinden in FIN, IRL, NDL, POL, PTL, ESP, die in den Kategorien „Orte mit mehr als 50.000“ Einwohnern“, „Orte mit weniger als 50.000 Einwohnern“ und beim „Sonderpreis für inklusiven Wohnraum“ durch ihre jeweiligen kommunalen Ansätze die Kommission überzeugen konnten. Der „Europäische Monat der Vielfalt“ diene der Würdigung von Bemühungen zum Aufbau inklusiver und gleichberechtigter Umfelder.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_109](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_109)

### **Kommission; Portfolio zur Generationengerechtigkeit**

Kommissionsmitglied Glenn Micallef hat am 29.04.2025 die Wichtigkeit des Grundsatzes der Generationengerechtigkeit, der sich stärker in der Gestaltung der EU-Politiken niederschlagen soll, betont. Der Kommissar mit Zuständigkeit für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport äußerte sich in einer Rede zum Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen. Herausforderungen sollen künftig in einem breiten, öffentlichen Dialog identifiziert werden, um anschließend langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln. Ziel sei die Schaffung einer ersten EU-Strategie für Generationengerechtigkeit, zur gegenseitigen Solidarität und zum Schutz zukünftiger Generationen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_25\\_1108](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_1108)

## Landwirtschaft und Umwelt

### **Rat; Informelle Tagung des Umweltrates**

Am 28./29.04.2025 fand in Warschau eine informelle Sitzung des Umweltrates statt. Auf der Tagesordnung standen laut Rat Fragen in Zusammenhang mit dem Klimawandel. Diese betrafen unter anderem die Ziele und Werte des Europäischen Klimaanpassungsplans, die Rolle der Technologie bei der Beschleunigung der Öko-Innovation und die Notwendigkeit, den privaten Sektor in die Klimaschutzmaßnahmen einzubeziehen. Ferner wurde das Thema der Desinformation auf dem Gebiet des Klimawandels diskutiert. Die Ministerinnen und Minister betonten laut Rat, dass Desinformation das Vertrauen in die Grundlagen der europäischen Gesellschaften, staatlicher Institutionen, der Wissenschaft und Demokratie untergrabe. Daher sei zur Bekämpfung falscher Darstellungen im Zusammenhang mit der Klima- und Umweltpolitik eine koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten notwendig.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/informal-meeting-of-the-environment-council-on-eco-innovation-climate-change-and-counteracting-disinformation/>

### **EuGH; Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-318/23 | Kommission / Slowenien**

Mit seinem Urteil vom 08.05.2025 hat der EuGH eine finanzielle Sanktion gegen SLO in Höhe von 1,2 Mio. EUR verhängt, weil es seinen Verpflichtungen bei der Deponierung von Abfällen nicht nachgekommen ist. Bereits in einem ersten Urteil vom 16.07.2015 hatte der EuGH einen Verstoß SLO im Bereich der Abfallbewirtschaftung festgestellt. Hintergrund ist die Existenz einer illegalen Deponie in der Gemeinde

Teharje (Bukovžlak). Dort hatte SLO seinerzeit die Aufbringung von Baggeraushub genehmigt, jedoch ohne zu prüfen, ob an dem betreffenden Standort andere Abfälle abgelagert worden waren. Auch hatte SLO keine Maßnahmen ergriffen, um die nicht unter die erteilte Genehmigung fallenden Abfälle zu beseitigen. Nachdem SLO nicht die zur Durchführung dieses Urteils erforderlichen Maßnahmen ergriffen hatte, erhob die Kommission im Mai 2023 eine neuerliche Vertragsverletzungsklage. Damit beantragte sie die Verurteilung SLO zur Zahlung eines Pauschalbetrags. Dieser Klage hat der EuGH mit seinem Urteil vom 08.05.2025 stattgegeben und festgestellt, dass SLO das Urteil vom 16.07.2015 bei Ablauf der von der Kommission gesetzten Frist nicht durchgeführt hatte. Der EuGH vertritt dabei die Auffassung, dass SLO genügend Zeit hatte, um die Sanierung der Deponie durchzuführen. Zur Dauer der Zuwiderhandlung stellt der Gerichtshof fest, dass die Vertragsverletzung vom 16.07.2015 bis zum 13.11.2024 andauerte, d.h. neun Jahre und vier Monate. Die Verzögerung könne nicht mit der COVID19-Pandemie und der durch sie verursachten Störung der Verwaltungstätigkeit gerechtfertigt werden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-318/23>

Justiz

### **EuG; Klage der EUStA gegen den Europäischen Rechnungshof eingereicht wegen Verweigerung von Aussagegenehmigungen**

Am 28.04. wurde im Amtsblatt der EU eine Zusammenfassung der am 10.02. beim Gericht der EU von der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) erhobenen Klage gegen den Europäischen Rechnungshof veröffentlicht (Rechtssache T-99/25). Sie richtet sich gegen die Entscheidung des Rechnungshofs, mit der dieser den Antrag der EUStA abgelehnt hatte, Bediensteten des Rechnungshofs die Aussage in einem laufenden Ermittlungsverfahren zu gestatten. Ende 2022 hatte die EUStA auf der Grundlage eines Berichts des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) Ermittlungen gegen Personen eingeleitet, die beim Europäischen Rechnungshof tätig sind. In diesem Zusammenhang hatte die EUStA diesen ersucht, die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern zu genehmigen. Dies hatte der Europäische Rechnungshof abgelehnt. Zuvor hatte die EUStA mehrfach beantragt, dass der Europäische Rechnungshof eine Durchsuchung seiner elektronischen Archive genehmigt und die Immunität der Personen, gegen die ermittelt wird, aufhebt, damit sie befragt werden können. Diese Anträge wurden ebenfalls abgelehnt.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1745824985044&uri=CELEX%3A62025TN0099)

[content/DE/TXT/?qid=1745824985044&uri=CELEX%3A62025TN0099](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1745824985044&uri=CELEX%3A62025TN0099)

<https://www.eppo.europa.eu/en/media/news/eppo-appeals-to-court-justice-eu-against-european-court-auditors-refusal-to-cooperate>

### **EGMR; Mattias Guyomar wird neuer Präsident des EGMR**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 28.04.2025 den FRA Richter Mattias Guyomar zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Er folgt auf Marko Bošnjak (SLO), der das Amt seit Mai 2024 innehatte. Guyomar, der bereits seit 2020 Richter am EGMR ist, wird sein Amt am 30.05.2025 antreten.

<https://www.echr.coe.int/w/election-of-a-new-president-of-the-echr-1>

### **EuGH; Schlussanträge zum Ausschluss von Richtern in Polen**

Am 29.04. hat Generalanwalt Spielmann seine Schlussanträge in der Rechtssache C-521/21 (Rzecznik Praw Obywatelskich) vorgelegt und kommt zu dem Ergebnis, dass allein die Einbindung eines Organs ohne Unabhängigkeitsgarantie, hier des POL

Landesjustizrates, einen Ausschluss von Richtern nicht rechtfertige. Er spricht sich für eine individualisierte und konkrete Beurteilung im Einzelfall durch das zuständige Gericht aus. Dabei sollten sowohl die wirksame Einhaltung der Grundsätze der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit als auch das öffentliche Vertrauen in die Justiz gewahrt werden. Zum letztgenannten Punkt weist er darauf hin, dass die Rechtssache von erheblicher Bedeutung sei, da in POL etwa 3.000 Richter auf Vorschlag des Landesjustizrats ernannt worden seien. Im Ausgangsverfahren beantragte eine der Parteien eines Zivilprozesses vor einem POL Gericht den Ausschluss der mit der Rechtssache befassten Richterin, da deren Ernennung unwirksam sei. Ihre Kandidatur sei vom POL Landesjustizrat empfohlen worden, dessen Unabhängigkeit gegenüber der Legislative und der Exekutive durch eine Reform aus dem Jahr 2017 in Frage gestellt worden sei. Die nach POL Recht für die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Ernennung ausschließlich zuständige Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten des POL Obersten Gerichts setze sich ihrerseits aus Richtern zusammen, die auf Vorschlag des Landesjustizrats ernannt worden seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=298587&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=685116>

### **EuG; Urteil im Markenstreit um die Unionsmarke „tagesschau“**

Mit Urteil vom 30.04.2025 hat das Gericht der EU die Klage gegen das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) in der Rechtssache T- 83/20 um die Marke tagesschau abgewiesen. Im Jahr 2012 trug das EUIPO zugunsten der ARD-Rundfunkanstalten das Wortzeichen tagesschau als Unionsmarke für Waren und Dienstleistungen ein. Die bonnanwalt Vermögens- und Beteiligungsgesellschaft mbH (bonnanwalt) beantragte 2017 beim EUIPO, die Marke für verfallen zu erklären, da sie nicht innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren ernsthaft benutzt worden sei. Das EUIPO gab dem Antrag weitgehend statt und erklärte auf eine Beschwerde von bonnanwalt hin die Marke auch für die „Produktion von Nachrichtensendungen und -beiträgen“ für verfallen, nicht aber für die „Bereitstellung von Nachrichtensendungen und -beiträgen“, da die Rundfunkanstalten insoweit den ernsthaften Gebrauch der Marke nachgewiesen hätten. bonnanwalt hat daraufhin Klage beim Gericht der EU erhoben, um die Marke auch hierfür und somit vollständig für verfallen erklären zu lassen. Das Gericht der EU stellt in seinem Urteil u.a. fest, dass die in Rede stehenden Rundfunkanstalten zwar öffentlich-rechtliche Anstalten seien, aber zwangsläufig dem Wettbewerb unterlägen, insbesondere gegenüber den privatrechtlichen Rundfunkanstalten. Das EUIPO sei zu Recht davon ausgegangen, eine markenmäßige Benutzung des in Rede stehenden Zeichens ergebe sich aus der Einblendung im Fernsehbild während der täglich ausgestrahlten oder elektronisch zugänglichen Nachrichtensendungen, insbesondere der Hauptsendung um 20 Uhr.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=298682&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=715005>

### **Kommission; Klage vor dem EuGH im Vertragsverletzungsverfahren gegen Bulgarien wegen Verletzung des Rechts auf einen Rechtsbeistand**

Die Kommission hat am 07.05.2025 beschlossen, BUL vor dem EuGH zu verklagen, weil das Land seiner Pflicht nicht nachgekommen ist, die Richtlinie über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und auf Kommunikation bei Freiheitsentzug (Richtlinie 2013/48/EU) ordnungsgemäß in nationales Recht umzusetzen. Im Januar 2017 leitete die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen BUL wegen unvollständiger Umsetzung der Richtlinie ein. Nach den Antworten von BUL wurde der Fall im Oktober 2023 abgeschlossen. Es wurden weitere Probleme in Bezug auf die ordnungsgemäße Umsetzung festgestellt. In diesem Zusammenhang kam die Kommission zu dem Schluss, dass BUL den Umfang der Rechte im Rahmen der

Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt hat. Darüber hinaus hat BUL die Maßnahmen zur wirksamen Teilnahme eines Rechtsbeistands an einer Vernehmung nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Überdies versäumte es BUL, die Vorschriften über Ausnahmen vom Recht auf einen Rechtsbeistand im Interesse einer Ermittlung ordnungsgemäß umzusetzen. Die Kommission übermittelte deshalb BUL im Januar 2024 ein Aufforderungsschreiben. Daraufhin räumte BUL einige der Bedenken hinreichend aus. Die Kommission übermittelte dann im Oktober 2024 eine mit Gründen versehene Stellungnahme an BUL, in der sie das Land aufforderte, die verbleibenden Missstände zu beheben. Nach Prüfung der Antworten ist die Kommission der Auffassung, dass BUL die Anforderungen der Richtlinie nach wie vor nicht erfüllt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_1124](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1124)

I n n e r e s

### **EuGH; Das maltesische Staatsbürgerschaftsprogramm für Investoren verstößt gegen das Unionsrecht**

Der EuGH hat mit Urteil vom 29.04.2025 in der Rechtssache C-181/23 entschieden, dass das maltesische Staatsbürgerschaftsprogramm für Investoren gegen das Unionsrecht verstößt. Denn der Erwerb der Unionsbürgerschaft dürfe nicht aus einer geschäftlichen Transaktion resultieren. Infolgedessen dürfe ein Mitgliedstaat seine Staatsangehörigkeit – und damit die Unionsbürgerschaft – nicht gegen im Voraus festgelegte Zahlungen oder Investitionen verleihen. Denn dies laufe im Wesentlichen darauf hinaus, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit zu einer bloßen geschäftlichen Transaktion werde. Die Mitgliedstaaten seien zwar selbst dafür zuständig, die Voraussetzungen für die Verleihung und den Verlust ihrer Staatsangehörigkeit festzulegen, eine „Vermarktung“ des Unionsbürgerstatus sei mit dem in den Verträgen festgelegten Grundkonzept der Unionsbürgerschaft jedoch unvereinbar.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=298576&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=18283250>

### **Europol; Gründung einer Taskforce zur Bekämpfung von „Gewalt als Dienstleistung“**

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 29.04.2025 bekannt gab, haben acht Mitgliedstaaten, darunter DEU, gemeinsam mit Europol die operative Taskforce „OTF GRIMM“ ins Leben gerufen. Ziel sei die grenzüberschreitende Bekämpfung von „Violence-as-a-Service“, bei der kriminelle Netzwerke gezielt Jugendliche für Gewalttaten anwerben. Die Taskforce wird von SWE geleitet und von Europol mit Analysen und Koordination unterstützt.

[https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/eight-countries-launch-operational-taskforce-to-tackle-violence-service?mtm\\_campaign=press-releases-just-published-20250429&utm\\_term=press-releases-just-published&mtm\\_source=newsletter&mtm\\_medium=email&mtm\\_content=title&mtm\\_group=news](https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/eight-countries-launch-operational-taskforce-to-tackle-violence-service?mtm_campaign=press-releases-just-published-20250429&utm_term=press-releases-just-published&mtm_source=newsletter&mtm_medium=email&mtm_content=title&mtm_group=news)

### **Kommission; Klage gegen HUN wegen Nichteinhaltung des EU-Rechts zur Bekämpfung von Migrantenschleusung**

Die Kommission hat am 07.05.2025 angekündigt, HUN vor dem EuGH zu verklagen, weil das Land weder der Richtlinie zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (2002/90/EG) noch den Rahmenbeschlusses betreffend die Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens für die

Bekämpfung der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (2002/946/JI) nachgekommen sei. Anlass der Klage sei ein HUN-Regierungsdekret von April 2023, das Haftstrafen für Schleusungsdelikte in „Resozialisierungsmaßnahmen“ umwandle.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_1128](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1128)

### **EuGH; Schlussanträge zur Klagebefugnis des Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB)**

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 08.05.2025 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-698/23 P vorgelegt. Hierin schlägt er dem EuGH vor, dem Rechtsmittel des EDSB gegen die Abweisung seiner Nichtigkeitsklage stattzugeben. Aus Sicht des Generalanwaltes ist der EDSB entgegen der Entscheidung des Gerichts sehr wohl klagebefugt, weil die angegriffenen Übergangsbestimmungen der geänderten Europol-Verordnung ihn unmittelbar und individuell betreffen. In diesem Zusammenhang legt der Generalanwalt seine Auffassung dar, wonach dem EDSB keine privilegierte Klagebefugnis zusteht. Eine solche komme nur bestimmten Organen der EU zu, zu denen der EDSB nicht gehöre. Die Zulässigkeit einer Klage des EDSB setze danach stets die eigene unmittelbare Betroffenheit des EDSB voraus.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=299099&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=753796>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Unterstützung für Medienkompetenz und Kampf gegen Desinformation**

Die Kommission plant die Resilienz gegen Desinformation und die Sichtbarkeit von faktengeprüften Inhalten in der EU stärken. Dazu erklärt sie am 30.04.2025, dass sie 5 Mio. EUR zu diesem Zweck zur Verfügung stellen wird. Bis zum 16.06.2025 können sich u.a. zivilgesellschaftliche Organisationen und Forschungseinrichtungen auf die Fördergelder bewerben. Ausgeschrieben sind Projekte zur Aufdeckung und Analyse von Desinformation (3,15 Mio. EUR) und zur Steigerung der Reichweite von Faktenchecks durch kreative Medienformate (1,6 Mio. EUR). Geplant sei, dass die Gewinner dann mit der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) zusammenarbeiten.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/medienkompetenz-und-kampf-gegen-desinformation-eu-stellt-5-millionen-euro-bereit-2025-04-30\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/medienkompetenz-und-kampf-gegen-desinformation-eu-stellt-5-millionen-euro-bereit-2025-04-30_de)

## Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

12.05.2025	Euro-Gruppe
12./13.05.2025	Informelle Tagung der Energieminister

12./13.05.2025	Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“
13.05.2025	Rat „Wirtschaft und Finanzen“
15.05.2025	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)
16.05.2025	Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft
19.05.2025	Gipfeltreffen EU-Vereinigtes Königreich
20.05.2025	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung)
20./21.05.2025	Informelle Ministertagung „Kohäsionspolitik“
22./23.05.2025	Rat (Wettbewerbsfähigkeit)

### **Europäische Kommission**

14.05.2025	Orientierungsdebatte zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) Omnibus zur Landwirtschaft
21.05.2025	Strategie für den Binnenmarkt Omnibus für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

### **Europäisches Parlament**

#### Plenarsitzung in Brüssel 21.-22.05.2025

- Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2023
- Änderung der Verordnung (EU) 2023/956 hinsichtlich einer Vereinfachung und Stärkung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems
- Änderung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Erzeugnisse, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation und der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort ausgeführt werden
- Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2026-2027) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation

„Horizont Europa“ und zur Aufhebung der Verordnung  
(Euratom) 2021/765 des Rates

- Turnusmäßiger Wechsel eines Teils der Mitglieder des Rechnungshofs – der kroatische Bewerber

## **Ausschuss der Regionen**

- 14./15.05.2025      166. AdR-Plenarsitzung  
Schaffung eines Europäischen Forschungsraums: Die lokale und regionale Perspektive  
Rolle der Städte und Regionen im Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum  
Arbeitskräfte im Gesundheitswesen Herausforderungen und Lösungen in den Regionen  
Die Kohäsionspolitik als Schlüsselfaktor für die Verwirklichung der Ziele und Reformen der EU - weitere Nutzung ihres leistungsorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von Dezentralisierung, Partnerschaft und Multi-Level-Governance  
Metropolregionen und funktionale Stadtgebiete als sozioökonomische Impulsgeber für nachhaltige Investitionen im kohäsionspolitischen Rahmen 2020-2027  
Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette  
Entschließung zu den Prioritäten des Europäischen Ausschusses der Regionen 2025 – 2030  
Entschließung zur Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik 2021 – 2027  
Entschließung im Hinblick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
- 21.05.2025      NAT-Fachkommissionssitzung  
Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung (Abstimmung)  
Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern (Abstimmung)
- 22.05.2025      CIVEX-Fachkommissionssitzung  
Ein einfacheres und schnelleres Europa (Arbeitsdokument)  
Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz (Arbeitsdokument)
- 23.05.2025      ECON-Fachkommissionssitzung  
Europäische Verteidigung - Bereitschaft 2030 (Abstimmung)  
Deal für eine saubere Industrie (Abstimmung)

## **Europäischer Gerichtshof**

13.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-474/24 NADA Austria u.a. – Doping – Datenschutz (AUT)

14.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-218/24 Iberia Líneas Aéreas de España (Begriff „Reisegepäck“) – Schadensersatz wegen Abhandenkommens eines Haustiers bei Flugbeförderung (ESP)

14.05.2025

Urteil des Gerichts (Große Kammer) in der Rechtssache T-36/23 Stevi und The New York Times / Kommission – Zugang zu Dokumenten

15.05.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-717/23 Bundesminister für Gesundheit – Lieferung von Zigarettenpackungen mit unzulässiger Beschriftung (AUT)

15.05.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-100/24 bonprix – Werbung mit der Angabe „Bequemer Kauf auf Rechnung" (DEU)

15.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-209/23 RRC Sports – FIFA-Regeln für Spielervermittler (DEU)

15.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-428/23 ROGON u. a.– DFB-Reglement für Spielervermittler (DEU)

15.05.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-133/24 CD Tondela u. a. – Abwerbeverbote im portugiesischen Fußball zu Beginn der Covid-19-Pandemie (PTL)

16.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-1129/23 Intel Corporation / Kommission – Missbrauch marktbeherrschender Stellung – Markt für x86 Prozessoren

21.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-408/24 Austrian Airlines – Staatshaftungsklage wegen Problemen bei der Flugsicherung (AUT)

21.05.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-265/23 VDK / Kommission – Fangverbote in bestimmten Gebieten der Nordsee

21.05.2025

Urteil des Gerichts in den Rechtssachen T-1032/23 und T-94/24 – Airbnb / EUIPO – Airtasker (AIRBNB) – Markenstreit um AIRBNB

22.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-43/24 Shipov – Änderung von Namen und Angaben zum Geschlecht bei Transsexualität (BUL)

22.05.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-376/24 FSMA – Weitergabe von Insiderinformationen (BEL)

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 22.05.2025.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR

<b>Vereinigte Staaten von Amerika</b>	<b>USA</b>
---------------------------------------	------------